

+++ Medienmitteilung +++ Media Release +++

Dresden, den 28.06.2025

Fahrgastverband PRO BAHN fordert ÖPNV-Verbund für ganz Sachsen

Der Fahrgastverband PRO BAHN sieht den Beschluss zur Fusion von ZVON und VVO als ersten Schritt, mahnt aber die Vorbereitung eines landesweiten Verbundes gemäß dem Koalitionsvertrag an.

Der Fahrgastverband PRO BAHN wertet den Beschluss der Zweckverbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien (ZVON) vom 27.06.2025 zum Zusammenschluss des ZVON mit dem ZVOE (Zweckverband Verkehrsverbund Oberelbe / VVO) als wichtige Weichenstellung für die Zukunft. „Wichtig ist für uns, dass sich durch die Vereinigung möglichst schnell konkrete Verbesserungen für die Fahrgäste ergeben, sonst ist die Fusion nicht zielführend.“, betont Michael Koch, Referent für die Region Dresden vom Fahrgastverband PRO BAHN Mitteldeutschland. Konkret fordert der Fahrgastverband PRO BAHN für den neuen Verkehrsverbund Ostsachsen:

- einen einheitlichen, einfachen Tarif (Einfachtarif des Fahrgastverbandes PRO BAHN, www.pro-bahn.de/einfachtarif)
- Taktverdichtung auf der Achse Dresden – Bischofswerda (– Zittau)
- keine Abbestellungen oder Kürzungen im ländlichen Raum (Erhalt der Regionalbahnlinie 64 (Hoyerswerda – Görlitz))
- Ausbau des PlusBus- und TaktBus-Angebots; Verbesserung der Busverbindungen zwischen den alten Verbänden und grenzüberschreitender Busverbindungen
- langfristig Reaktivierungen (Meißen – Döbeln, Kamenz – Senftenberg/Spremberg, Löbau – Herrnhut – Zittau, Rumburk – Ebersbach/Seifhennersdorf)
- Einbeziehung der Fahrgäste und konstruktive Zusammenarbeit mit Interessengruppen

Gleichzeitig sieht der Fahrgastverband PRO BAHN die Reduktion von 5 auf 4 Verkehrsverbände nur als Zwischenschritt. „Der Freistaat Sachsen steht in der Verantwortung, die nächsten Schritten zu einem ÖPNV-Verbund für ganz Sachsen zu gehen. Regionale Vor-Ort-Kompetenz muss dabei erhalten bleiben und in Prozesse eingebunden werden.“, fordert Markus Haubold, Vorsitzender des Landesverbands PRO BAHN Mitteldeutschland. Die sächsische Landesregierung hat 2024 in ihrem Koalitionsvertrag formuliert:

„Wir werden die Gründung einer gemeinsam von Land und kommunaler Ebene getragenen Landesnahverkehrsgesellschaft vorantreiben, die einen sachsenweiten Verbundtarif organisiert und als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr sowie landesweit bedeutsame Buslinien fungiert. Ziel ist es, den Nahverkehr als ganzheitliches System für Sachsen mit einheitlichen Tarifen und Beförderungsbedingungen weiterzuentwickeln. Wir wollen insbesondere die Stärkung von Stadt-Umland-Beziehungen und die Vernetzung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten stärker fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir im Jahr

+++ Medienmitteilung +++ Media Release +++

2025 mit der kommunalen Ebene die finanziellen und organisatorischen Fragen klären und danach die gesetzlichen Grundlagen schaffen. Unser Ziel ist ein einheitlicher ÖPNV-Zweckverband.“¹

Der Fahrgastverband PRO BAHN unterstützt dieses Vorhaben der sächsischen Staatsregierung. Sachsen könnte mit der Neuorganisation der ÖPNV-Struktur Vorbild für andere Bundesländer werden.

Ansprechpartner für Medien

Fahrgastverband PRO BAHN Mitteldeutschland e. V., Schützengasse 18, 01067 Dresden

E-Mail: michael.koch@mitteldeutschland.pro-bahn.de

Tel.: +49 15678 440786

Michael Koch
Referent der Region Dresden

Markus Haubold
Vorsitzender

Über den Fahrgastverband PRO BAHN

Der bundesweit aktive gemeinnützige Fahrgastverband PRO BAHN hat rund 4.000 Mitglieder und vertritt die Interessen der Nutzer des öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet ehrenamtlich, ist in zahlreichen Gremien aktiv und wirkt sowohl auf Politiker und Behörden als auch auf Verkehrsunternehmen ein, um einen attraktiveren und besseren öffentlichen Personenverkehr zu erreichen. Der Landesverband Mitteldeutschland umfasst die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt

¹ CDU-SPD-Koalitionsvertrag: „MUTIG NEUE WEGE GEHEN. IN VERANTWORTUNG FÜR SACHSEN.“
https://www.staatsregierung.sachsen.de/download/staatsregierung/241204_Koalitionsvertrag_CDU_SPD.pdf